



N i e d e r s c h r i f t

Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt (SI/2008/071/SteU)

Sitzungstermin: Donnerstag, 08.05.2008
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 21:10 Uhr
Ort, Raum: Rathaus, Schloßberg 3-4, 24306 Plön, Sitzungszimmer 1 und 2

Anwesende:

Herr Möller, Bernd	Vorsitzender
Herr Appel, Karl-Heinz	
Herr Kreuzburg, Hans-Jürgen	Vertretung für: Frau Bertleff, Ursula
Herr Brüner, Rolf	
Herr Dr. Fehlberg, Ulrich	
Herr Hutter, Günther	
Herr Jagusch, André	Vertretung für: Herr Krüger, Dirk
Herr Nautsch, Wolfgang	
Herr Wald, Thomas	
Herr Gallus, Klaus-G.	beratendes Mitglied gem. § 46 Abs.2 GO
Herr Dipl. Ing. Kuhnt, Achim	Umweltschutzbeau fragter
Herr Klink, Peter	Verwaltung FGL 3
Herr Neufeind, Frank	abwesend
Herr Becker, Ulrich	Verwaltung, Protokollführer
Herr Baumgärtel, Coop	Gast zu TOP 11
Herr Geerdes, Mey + Co,	Gast zu TOP 11
Herr Scherenberger, Büro Scherenberger	Gast zu TOP 11
Herr Bonnes, Büro Scherenberger	Gast zu TOP 11
Herr Dieckmann, Projektentwickler	Gast zu TOP 11
Herr Dipl.Ing. Reibetanz	Gast zu TOP 5 und TOP 11

Abwesende:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der Tagesordnung und Beschluss über den Ausschluss der Öffentlichkeit gem. § 46 Abs. 7 der GO
- 2 Protokoll der 70. Sitzung vom 10.04.2008
- 3 Berichte im Rahmen des Berichtswesens
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Städtebauliche Integration von Ortsdurchfahrten; Vortrag Dipl.- Ing. S. Reibetanz Gruppe Planwerk Berlin
- 6 Ausbau des Gänsemarktes; Beschluss des Bauprogramms
- 7 81. Änderung des F-Planes für den Bereich der Pfadfinderwiese hinter dem Osterfriedhof; Abwägung und Satzungsbeschluss
Vorlage: VO/2008/201
- 8 Gestaltung des Bahnhofsvorplatzes (Antrag der FWG)
- 9 Lärmaktionsplanung; Vortrag und weiterer Ablauf

Nichtöffentlicher Teil

- 10 Parkplatz Prinzeninsel; Beratung über Flächenkauf und weiteres Vorgehen
- 11 Ansiedlung von großflächigen Einzelhandelsbetrieben; Bericht der Verwaltung und Diskussion
- 12 Berichte im Rahmen des Berichtswesens
- 13 Bauanträge/Bauvoranfragen

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Feststellung der Tagesordnung und Beschluss über den Ausschluss der Öffentlichkeit gem. § 46 Abs. 7 der GO

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung.

Er entschuldigt sich zunächst bei dem Vertreter der FWG, Herrn Gallus, dafür, dass der Antrag der FWG zur Bahnhofsvorplatzgestaltung nicht in die Tagesordnung aufgenommen worden ist. Er bittet den Ausschuss, den Antrag nachträglich aufzunehmen und schlägt vor, den Antrag der FWG als neuen TOP 8 in öffentlicher Sitzung und den in der Einladung vorgesehenen alten TOP 8 – Parkplatz Prinzeninsel – als neuen TOP 10 im nicht- öffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln. Begründung für diese Verschiebung in den nicht- öffentlichen Teil ist ein zu diskutierendes Grundstückskaufgeschäft.

Der Ausschuss stimmt dem Vorschlag zu und beschließt die neue Tagesordnung mit den o.a. Änderungen. Der in der Einladung vorgeschlagenen Behandlung der Tagesordnungspunkte wird mit der o.g. Änderung zugestimmt.

Es ergibt sich folgende Tagesordnung:

- 1 Feststellung der Tagesordnung und Beschluss über den Ausschluss der Öffentlichkeit gem. § 46 Abs. 7 der GO
- 2 Protokoll der 70. Sitzung vom 10.04.2008
- 3 Berichte im Rahmen des Berichtswesens
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Städtebauliche Integration von Ortsdurchfahrten; Vortrag Dipl.- Ing. S. Reibetanz Gruppe Planwerk Berlin
- 6 Ausbau des Gänsemarktes; Beschluss des Bauprogramms
- 7 81. Änderung des F-Planes für den Bereich der Pfadfinderwiese hinter dem Osterfriedhof; Abwägung und Satzungsbeschluss VO/2008/201
- 8 Gestaltung des Bahnhofsvorplatzes (Antrag der FWG)
- 9 Lärmaktionsplanung; Vortrag und weiterer Ablauf

Nichtöffentlicher Teil

- 10 Parkplatz Prinzeninsel; Beratung über Flächenkauf und weiteres

Vorgehen

- 11 Ansiedlung von großflächigen Einzelhandelsbetrieben; Bericht der Verwaltung und Diskussion
- 12 Berichte im Rahmen des Berichtswesens
- 13 Bauanträge/Bauvoranfragen

zu 2 Protokoll der 70. Sitzung vom 10.04.2008

Das Protokoll der letzten Sitzung wird an die Ausschussmitglieder verteilt. Der Ausschuss wird das Protokoll in der nächsten Sitzung behandeln.

zu 3 Berichte im Rahmen des Berichtswesens

Fachgruppenleiter Klink erinnert an die vorgesehene Beratung des Landesentwicklungsplanes in den Fraktionen, um das Thema in der nächsten Sitzung angesichts des Termins 31.07.2008 zur Abgabe der Stellungnahme auf die Tagesordnung setzen zu können.

Nach kurzer Beratung sind sich die Ausschussmitglieder darin einig, dass eine Beratung in den Fraktionen nicht mehr vor der Wahl durchgeführt werden sollte und von daher das Thema auch noch in einer der ersten Ausschusssitzungen nach der konstituierenden Sitzung der Ratsversammlung am 18.06.08 behandelt werden kann.

zu 4 Einwohnerfragestunde

Herr Schulz regt an, bei der Gestaltung des Bahnhofumfeldes auch die Einrichtung von mindestens 2 Behindertenstellplätze vorzusehen.

Der Ausschuss sagt dies zu.

zu 5 Städtebauliche Integration von Ortsdurchfahrten; Vortrag Dipl.- Ing. S. Reibetanz Gruppe Planwerk Berlin

Der Vorsitzende erinnert an die allseits bekannten Probleme mit der „innerörtlichen Ortsumgebung“ und die Überlegungen zur Einbindung der Lärmschutzwände in eine Gesamtgestaltung und hält deswegen das Thema, zu dem Herr Reibetanz heute einige Überlegungen vortragen will, für äußerst interessant.

Herr Reibetanz stellt zunächst sich und sein in Berlin ansässiges Büro mit einer

Dependance in Zarnekau vor. Er selbst ist Architekt und Stadtplaner, sein Büro beschäftigt sich außer in der Objekt- und Stadtplanung auch mit Verkehrsplanung. Das Büro hat beispielhafte verkehrsplanerische Konzepte sowohl in Hamburg als auch in Neumünster entwickelt.

Die Situation und Problematik in Plön ist ihm durch zahlreiche Fahrten durch Plön bekannt und aus seiner beruflichen Tätigkeit weiß er, dass die Integration von Hauptverkehrsstraßen zunehmend an Bedeutung gewinnt. Insofern könnten seine Überlegungen zu diesem Thema für die Stadt interessant sein.

Er weist grundsätzlich darauf hin, dass die vorgesehene Lärmschutzmaßnahme umgesetzt werden muss, weil sie auf gesetzlichen Vorgaben beruht und seine derzeitigen vorläufigen Überlegungen zu baulichen Veränderungen der beiden Bundesstraßen keine Auswirkungen auf diese Lärmschutzmaßnahmen entwickeln. Dennoch müsste schnell gehandelt werden, bevor sich die Maßnahme verfestigt und durch den Bau vollendete Tatsachen geschaffen werden. Auch ist aufgrund seiner Vorschläge keine Veränderung der Leistungsfähigkeit verbunden. Es handelt sich eher um kleinteilige Maßnahmen, insbesondere eine Veränderung der Kreuzungen. Im Grunde genommen sollte ein Zustand hergestellt werden, der sich auch einstellen würde, würde man die Umgehungsstraße heute bauen – eine Aufwertung im Sinne einer innerstädtischen Straße mit der damit einhergehenden Geschwindigkeitsreduzierung.

Er zeigt dann den derzeitigen Zustand anhand von Fotos und spricht die Mängel an, die erkennbar sind. Danach zeigt er in Fotomontagen die Möglichkeiten einer Veränderung, bsw. durch Reduzierung der Fahrbahnbreiten, Aufbau von Bürgersteigen und Radwegen, Beleuchtung, Abbau der Leitplanken und niveaugleiche Übergänge an den Kreuzungen für Fußgänger, Fahrradfahrer und Autoverkehr.

Münden könnten diese ersten Überlegungen in eine Machbarkeitsstudie als integrierte städtebaulich-verkehrliche Untersuchung im Kontext mit der geplanten Lärmschutzmaßnahme.

Der Vorsitzende bedankt sich bei Herrn Reibetanz und findet es angenehm, solche Visionen gestalten zu können. Für die Stadt sei es hingegen wichtig, solche Visionen nicht wie Seifenblasen platzen zu lassen. Insofern sei die Finanzierung zunächst der Machbarkeitsstudie und später die der praktischen Umsetzung wichtig.

Herr Reibetanz hält es für möglich, dass es finanzielle Zuschüsse für die Erstellung der Machbarkeitsstudie geben könnte. Die Kosten für eine Machbarkeitsstudie beziffert er mit etwa 20.000 €. Wegen der praktischen Umsetzung könnte mit dem Landesbetrieb Straßenbau gesprochen werden. Dieser stehe der Umgestaltungsmaßnahme zwar skeptisch gegenüber, weil er eine Einschränkung der Leistungsfähigkeit befürchtet. Sollte diese Skepsis aber ausgeräumt werden können, so sollte man darauf hinarbeiten, dass der Landesbetrieb einen Teil der Umbaukosten übernehmen würde, um dadurch sozusagen die Akzeptanz für seine Lärmschutzmaßnahme zu erhöhen.

Die Lärmschutzwände werden das derzeitige Problem noch fördern resp. verstärken, insofern sollte die Stadt bei allen Stellungnahmen darauf dringen, dass die Errichtung der Lärmschutzwände/-wälle nur im Zusammenhang mit einer Integration in das städtebauliche Umfeld erfolgen darf.

Eine Abwidmung der Straße zur Innerörtlichen Ortsdurchfahrtsstraße ist sehr unwahrscheinlich, deshalb sollten Ansatzpunkte gesucht werden, bei welchen Maßnahmen zur Umgestaltung der Landesbetrieb in der Pflicht ist und welche Maßnahmen aus Stadtentwicklungsprogrammen finanziert werden könnten.

Da nach der ausführlichen Diskussion im Ausschuss Einigkeit zum weiteren Vorgehen herrscht, fasst der Ausschuss den nachfolgenden Beschluss:

Beschluss:

„Die Verwaltung wird gebeten, eine Machbarkeitsstudie als integrierte städtebaulich-verkehrliche Untersuchung im Kontext mit den geplanten Lärmschutzmaßnahmen in Auftrag zu geben, welche die Möglichkeiten einer Integration der „innerörtlichen Umgehungsstraße“ unter Einbeziehung der Lärmschutzwände in das städtebauliche Umfeld untersuchen soll.

Die Kosten von 20.000 € sollen aus dem laufenden Haushalt der Fachgruppe 3 bestritten werden.

Sollte dies nicht möglich sein, soll die Vergabe mit einem Deckungsvorschlag dem Hauptausschuss zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 6 Ausbau des Gänsemarktes; Beschluss des Bauprogramms
--

Fachgruppenleiter Klink berichtet, dass die Kämmerei es aus Gründen der Rechtssicherheit für erforderlich hält, dass der Ausschuss einen Beschluss über das Bauprogramm zum Umbau des Gänsemarktes fasst.

Er erläutert das vorliegende Bauprogramm und weist darauf hin, dass es auf der Basis des in der letzten Sitzung beschlossenen Ausbautentwurfs erstellt worden ist.

Nach kurzer Diskussion fasst der Ausschuss den nachfolgenden Beschluss und bittet die Verwaltung, das Bauprogramm dem Protokoll beizufügen.

Beschluss:

„Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt beschließt das vorliegende Bauprogramm, das auf der in der letzten Sitzung des Ausschusses beschlossenen Umbauplanung basiert.“

Abstimmungsergebnis:

5 ja- Stimmen

3 Enthaltungen

zu 7 81. Änderung des F-Planes für den Bereich der Pfadfinderrwiese hinter dem Osterfriedhof; Abwägung und Satzungsbeschluss Vorlage: VO/2008/201

Der Ausschuss nimmt die Vorlage der Verwaltung zur Kenntnis, stimmt ihr nach sehr kurzer Beratung zu und fasst den nachfolgenden abschließenden Beschluss.

„Abschließender Beschluss“

1. Für die 81. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Plön für den Bereich des nördlich des Osterfriedhofs gelegenen Flurstücks 36/1 der Flur 9 sind die Verfahrensschritte der „Öffentlichen Auslegung“ nach § 3 Abs. 2 BauGB und die „Anhörung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange“ nach § 4 Abs. 2 durchgeführt worden.
Stellungnahmen, die einer Abwägung bedürfen, sind nicht eingegangen.
2. Die Ratsversammlung beschließt die 81. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich des nördlich des Osterfriedhofs gelegenen Flurstücks 36/1 der Flur 9.
3. Die Begründung wird gebilligt.
4. Der Bürgermeister wird beauftragt, die 81. Änderung des Flächennutzungsplanes zur Genehmigung vorzulegen und danach die Erteilung der Genehmigung nach § 6 Abs. 5 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.
In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit der Begründung und der zusammenfassenden Erklärung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt des Planes Auskunft verlangt werden kann.

Bemerkung: Aufgrund der §§ 22 und 32 GO sind keine Ausschussmitglieder von der Beratung und der Beschlussfassung ausgeschlossen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

zu 8 Gestaltung des Bahnhofsvorplatzes (Antrag der FWG)

Der Vorsitzende bittet Herrn Gallus, den Antrag der FWG zu erläutern.

Herr Gallus begründet den Antrag und erklärt die im Antrag vorgesehenen Gestaltungsmaßnahmen.

Nach Beratung ist der Ausschuss sich einig, dass über die Nutzung und die daraus resultierenden Gestaltungszwänge grundsätzlich nachgedacht werden muss und folgt insoweit dem Zweck des Antrages, wenn auch nicht dessen Gestaltungsvorschlägen.

Der Ausschuss wird in einer der nächsten Sitzungen darüber beraten.

zu 9 Lärmaktionsplanung; Vortrag und weiterer Ablauf

Die Verwaltung berichtet, dass der in Auftrag gegebene Lärmaktionsplan durch den Auftragnehmer, ein Hamburger Büro, vorgelegt worden ist. Dieser Lärmaktionsplan ist ausgesprochen knapp gehalten und kann dies auch, weil glücklicherweise der Landesbetrieb Straßenbau die gemäß dem Planfeststellungsbeschluss zum Bau der

„innerörtlichen Umgehungsstraße“ erforderlichen Lärmschutzmaßnahmen endlich nach mehr als 25 Jahren umsetzen will.

Dennoch wird die Lärmaktionsplanung die Stadt weiter beschäftigen, denn im Verfahren ist es vorgesehen, eine Bürger –und Behördenbeteiligung sowie eine etwaige Abwägung durchzuführen. Danach ist der Lärmaktionsplan in der Ratsversammlung zu beschließen und bis 18. Juli an die Landesregierung zu melden.

Aufgrund der Wahl ist es jetzt schon sicher, dass es für viele Kommunen nicht möglich sein wird, diesen Termin einzuhalten bzw. wenigstens nur relativ zeitnah zu überschreiten.

Die Verwaltung schlägt vor, dass die Beteiligung der Bürger durch eine Bürgeranhörung erfolgt, möglicherweise in Verbindung mit dem nächsten oder dem übernächsten Ausschusstermin am 05.06.08 oder am 26.06.08. Ob der Termin danach noch eingehalten werden kann, hängt davon ab, wann die erste Ratsversammlung nach der konstituierenden Sitzung terminiert wird, die sich mit diesem Thema befassen kann.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis und stimmt bei einer Enthaltung dem vorgeschlagenen Verfahrensablauf zu.

Vorsitz	Protokollführung